

„Heißes Eisen“ Migration



- 4/5** Einwanderungsland Österreich
- 6** Das Fremden UNrechtspaket 2011
- 9** Triebkraft der Gesellschaft
- 11** Weg mit Schaden
- 12** Bereicherung für wenige
- 14** Zeit für einen Kurswechsel

Fremdenfeindlichkeit als Herrschaftsinstrument

„Wir haben Arbeitskräfte geholt, und Menschen sind gekommen“ brachte es der Schweizer Schriftsteller Max Frisch auf den Punkt. Auch wenn rechte Politik und kleinformatige Medien das Gegenteil trommeln: Österreich ist ein Einwanderungsland. Die Aversionen gegen MigrantInnen sind ein Instrument der herrschenden Eliten um Menschen auseinanderzudividieren und damit die aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit resultierenden Probleme zu verwischen.

Zitate die alles sagen...

Wir haben Arbeitskräfte geholt, und Menschen sind gekommen.

Max Frisch, Schriftsteller

Aber was sollen wir dabei gewinnen, wenn ich jeden Tag über Integration rede. Werner Faymann, Der Standard, 16.8.2008

Die FPÖ betreibt eine hetzerische und menschenverachtende Ausländerpolitik, ihre Vorschläge münden in der Ausgrenzung von Minderheiten, Verboten und Strafen. Elke Kahr, KPÖ-Wohnungstadträtin in Graz, 18.3.2011

Ein Großteil der kriminellen Energie wird von Fremden ausgeübt. Ich will nicht ... Familienbeihilfe für Jugendliche zahlen, die nichts tun, außer einbrechen gehen. Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), Sonntags-Rundschau, 1.11.2009

Die Schweizer haben keinen Respekt vor dem Fremden! Darum auch ihr Mißtrauen gegen den Fremden, ausgenommen er imponiert durch Reichtum, jeder andere Fremde ist ein Zigeuner. Robert Musil, Tagebuch, 1938

Impressum:

Herausgeber: Josef Stingl

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Roman Gutsch, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Lilian Stadler

MitarbeiterInnen dieser Nummer: Ljubomir Bratic, Marco Fegerl, Leo Furtlehner, Michael Graber, Franz Grün, Lutz Holzinger, Günther Hopfgartner, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Mümtaz Karakurt, Walther Schütz, Lilian Stadler, Josef Stingl

Fotos: GLB-Archiv

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Anita Kainz, Susanna Lindner

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Wilhelm Bzoch GmbH, Druck und Verlag, Kupferschmiedgasse 7, 2201 Hagenbrunn

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugog. 8

Mail: office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Juni 2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31. Oktober 2011 mit Schwerpunkt: **Steuerpolitik**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
+43 664 6145012, office@glb.at,
www.glb.at

GLB-ÖGB

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 53444 39491 oder 39490
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien,
+43 1 4076 936, glb-gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB-PRO-GE

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 4653383,
roho64@aon.at

GLB-vida

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
+ 43 664 6145713
franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
+43 4242 31091, glb@kpoe-villach.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten,
+43 2742 71074 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz,
+43 732 652156, glb@gmx.org

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
+43 662 872244, glb.salzburg@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz,
+43 6601426080, glb@glb-steiermark.at,
www.glb-steiermark.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
+43 6606882875,
glb@imzoom.info

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße
33, 6900 Bregenz,
+43 676 4976338,
glb.vorarlberg@vol.at

GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 6145012

Inhalt

Seite

Einwanderungsland Österreich	4/5
Das FremdenUNrechtspaket 2011	6
Die griechische Tragödie	7
Die lieben „Freiwilligen“	8
Triebkraft der Gesellschaft?	9
Gedanken zur öo Spitalsreform	10
Weg mit Schaden	11
Bereicherung für wenige	12
Fekters Visionen	13
Zeit für einen Kurswechsel	14
Ausbildung im „Winkler“	15
Die Auseinandersetzung um unsere Gesundheit hat begonnen	16
Der Horizont der Unterschicht	17
Demokratie unerwünscht	18
Service-Tipp: Glückspielverträge & Zahlscheingebühren	19
AK Steiermark/Wien	20
Betriebsratswahlen	21/22

Wir danken!

Nach dem Erscheinen der letzten Nummer der „Arbeit“ haben wir die BezieherInnen mit einem Spendenbrief „beglückt“, der sehr positiv aufgenommen wurde, wie die zahlreich eingegangenen Spenden zur Finanzierung der „Arbeit“ beweisen. Wir danken an dieser Stelle allen, die uns mit ihrer Spende unterstützt haben.

Redaktion „Die Arbeit“

Editorial



Von Josef Stingl
Koch

BR Lamerer Stuben Innsbruck
Bundesvorsitzender des GLB

STEUER ...

... ein Wort das mit Vielem assoziiert wird. Etwa mit „Schiff und einem dazugehörigen Kapitän“. Dieser trägt für das „STEUER“- und somit auch für Mannschaft und Passagiere – die Letztverantwortung. Die Mannschaft leistet die Arbeit und bekommt dafür ihr Geld, die „Heuer“. Die anderen, die Passagiere, konsumieren dann die Früchte dieser Leistung – und zahlen dafür ihre Reisekosten.

Aber auch der Lohnzettel oder Rechnungen und Sozial- und Kommunalabgaben fallen vielen zu diesem Wort ein. Im Vergleich zum vorangegangenen Beispiel, gibt es auch hier einen „STEUERmann“ (derzeit in Form einer Finanzministerin) und zwei verschiedene Interessensgruppen: Die eine, das Volk, das hauptsächlich aus berufstätigen Lohnabhängigen besteht, und eine weitere, die sich selbst gerne als „Wirtschaft“ bezeichnet und ihr Vermögen in diversen Banken, Stiftungen, Kapitalgesellschaften etc. „arbeiten“ lässt.

Anders sind bei diesem Beispiel allerdings die Verteilungsmechanismen: Während hier eine Mehrheit für ihre Leistung „Arbeit“ auch noch den Großteil der gesamten STEUERbelastung aufgebürdet bekommt, kann sich eine Minderheit neben ihren Finanz-Profiten auch noch an diversen STEUER-Privilegien, staatlich geSTEUERTen „Förderungsmaßnahmen“ und Privatisierungsgeschenken erfreuen.

Wir sagen: „Es reicht ... und zwar: für ALLE“: Alleine die zehn reichsten Familien Österreichs horten ein offizielles Vermögen von geschätzten 63,5 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Gesamtverschuldung aller österreichischen Gemeinden beträgt ein Sechstel dieser Summe, nämlich elf Milliarden Euro. Mit knapp 74.000 Euro-Millionären liegt das „kleine“ Österreich bei der Millionärsdichte international sogar auf Platz fünf! Geld wäre somit wohl mehr als genug vorhanden!

Eine Umverteilung von oben nach unten ist nicht nur dringend notwendig, sondern überfällig. Holen wir endlich die STEUERn dort, wo das Geld wirklich liegt: in Stiftungen, bei den Banken, bei den Kapitalgesellschaften, den Erbgünstlingen und den Reichen und Superreichen. Um bei der unserem Metapher zu bleiben: „Meuterei“ ist angesagt! Mehr dazu am „Volksstimmefest“ beim GLB-Stand und unter www.sozialsteuern.at.

Einwanderungsland Österreich

Von Ljubomir Bratic

Die Migration und die Situation in den Einwanderungsgesellschaften sind zu viel diskutierten Themen der politischen und öffentlichen Debatte geworden. Die Auseinandersetzungen in Österreich erreichten Anfang der 1990er Jahre einen ersten Höhepunkt.

Zu erwähnen ist dazu das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ von 1993 und als zivilgesellschaftliche Reaktion darauf das „Lichtermeer“ und als sozialpartnerschaftlich-parteiliche Reaktion das Aufenthaltsgesetz 1993.

Kontinuität der Zuwanderung

Österreich ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Vergangenheit und einer bis in die 1990er andauernden Tradition von Asylerteilung unbestritten ein Einwanderungsland. Seit den 1920er Jahren gibt es Arbeitsmigration nach Österreich in größerem Umfang. Um diese Kontinuität nachzuweisen, genügt es, die Gesetze zur Regulierung dieser Migration durchzublättern. Die Einwanderungsphase dauert bis heute an, obwohl offiziell seit Mitte der 1970er Jahre ein Einwanderungsstopp herrscht und seit den 1990ern ein totaler Bruch mit der humanistischen Asylpolitik gegeben ist.

Allein seit dem Ende des 2. Weltkrieges können mehrere Phasen der Migration nach Österreich unterschieden werden: Von 1945 bis zum Staatsvertrag im Jahr 1955 kamen 530.000 volksdeutsche AussiedlerInnen aus dem Osten nach Österreich, von denen 350.000 bis Anfang der 1960er Jahre eingebürgert wurden. Im Jahr 1956 kamen innerhalb weniger Tage rund 180.000 UngarInnen auf der Flucht vor den russischen Truppen nach Österreich. Von ihnen blieben rund 18.000 in Österreich. 1961 wurde das Raab-Olah-Abkommen unterzeichnet, womit der Start für die Arbeitsmigration gegeben war.

1968 flüchteten rund 162.000 Menschen als Folge der Niederschlagung des Prager Frühlings aus der Tschechoslowakei nach Österreich, davon stellten 12.000 einen Asylantrag. 1973 kamen in Folge des Putsches gegen Präsident Allende auch ChilenInnen nach Österreich. Zwischen 1981 und 1984 dann mehr als 120.000 Flüchtlinge aus Polen, von denen 33.000 einen Asylantrag stellten.

In den frühen 1990er Jahren kamen auch aus dem ehemaligen Jugoslawien, bedingt durch die kriegerischen Ereignisse, viele KroatInnen, BosnierInnen und Kosovo-AlbanerInnen. Neben den Einwanderungswellen ist auch zu erwähnen, dass Österreich aufgrund seiner geopolitischen Lage ein wichtiges Transitland ist. So emigrierten z.B. bis in die 1990er Jahre ca. 250.000 Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion und Osteuropa über Österreich nach Israel und Amerika.

Restriktives Gesetz

Als Ergebnis der Restriktionen – eingeführt durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) – wurden von 1976 bis 1984 rund 110.000 ArbeitsmigrantInnen auf Geheiß der Sozialpartner aus Österreich vertrieben: „Die Ausländer hatten keine Möglichkeit, ihre Interessen und Bedürfnisse in diese Politikformulierung einzubringen, um Markt- und Handlungschancen innerhalb der österreichischen Gesellschaft zu gewinnen. Der Staat war und ist machtlos, das Handeln der Sozialpartner in diesem Politikfeld zu strukturieren (...)“

Vor allem die Feststellung, dass der Staat in der sogenannten Ausländerpolitik nichts zu sagen hatte, wies auf eine der zentralen Eigenheiten der Ausländerpolitik in Österreich hin: dass sie bis in die 1990er Jahre das zentrale Betätigungsfeld der Sozialpartner war.

Diese betrachteten die MigrantInnen allein in deren Funktion als billige Arbeitskräfte. Nur der Blickwinkel der beiden Interessenfraktionen auf das Arbeitskraftpotenzial war ein anderer: Während die Wirtschaft darin eine Möglichkeit sah, zu billigen Arbeitskräften zu kommen, sah die Gewerkschaft darin nur eine Konkurrenz für deren Klientel, die österreichischen ArbeiterInnen. Die beiden Positionen der Interessensvertretungen haben sich im Wesentlichen bis heute nicht geändert.

Innenministerium als Machtinstantz

Erst Anfang der 1990er Jahre tritt das Innenministerium als neuer starker Akteur in der Migrationspolitik auf den Plan. Die in die Kompetenz des Innenministeriums fallenden Materien des Aufenthalts- und des Asylrechts werden neben dem Ausländerbeschäftigungsrecht die maßgeblichen Regelungsinstrumente zur Restriktion der Einwanderung bzw. zur Vertreibung bereits in Österreich ansässiger MigrantInnen.

Im Laufe der 1990er Jahre wurden neue Kategorien zur Differenzierung von Menschen eingeführt. Heute besteht eine hochkomplexe Fremdengesetzgebung, deren hauptsächliche Funktion darin besteht, die Grenzen Österreichs und der EU noch dichter zu machen. Diese Grenzen sind nicht nur am Rande des Staates zu finden. Im Inneren werden immer neue rechtliche Unterscheidungsmerkmale

eingesetzt, die Gruppen von ImmigrantInnen zu bürokratisch Verschiedenen machen.

Nationale Integration

Die anhaltende Marginalisierung und „Nichtposition“ der MigrantInnen in der solchermaßen zunehmend undemokratischen Öffentlichkeit haben Auswirkungen auf die Ausprägung der Rassismen in Österreich. Je mehr MigrantInnen aus den Orten der öffentlichen Repräsentation abgedrängt oder gar nicht erst zugelassen werden, trotzdem die Realität der Bevölkerungsentwicklung eine solche Repräsentation immer stärker nahelegt, desto mehr werden Unterschichtungsprozesse gefördert. Die MigrantInnen besitzen in der Mainstream-Öffentlichkeit kaum symbolisches Kapital, das sie den rassistischen Agitationen entgegenhalten oder das sie für die Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen können.

Als Unterschicht bleiben sie in der bürgerlichen Gesellschaft tendenziell mit den Stigmata der Krankheit und der Gefährlichkeit behaftet. MigrantInnen werden auch symbolisch von nicht rassistisch diskriminierten Unterschichten abgespalten; z. B. durch Diskurse rund um den Zugang zu billigen Wohnungen in Gemeindebauten. Dieses Privileg, das als soziale Ausgleichsmaßnahme konzipiert ist, wurde lange Zeit nur für StaatsbürgerInnen reserviert. Durch solche offizielle Herangehensweise wurden und werden auch die anderen Aggressionen gegen MigrantInnen vorweg entschuldigt und die alleingewesenen Unterschichten als bedrohte Spezies konstruiert, deren Abwehrhaltung verständlich sei.

Rassismus legitimiert

Damit werden rassistische Einstellungen als quasinatürlich legitimiert, anstatt dass ihnen gegengesteuert wird.

Die MigrantInnen haben in der Mainstream-Öffentlichkeit keine eigene Stimme, keine anerkannten legitimen RepräsentantInnen, um sich gegen solche diskriminierende Vorgänge, gegen rassistische Gesetzesmaßnahmen und gegen die sie benachteiligende Diskurse effektiv zur Wehr setzen zu können. Entsprechend dieser ausgrenzenden Tradition mündete die Einwanderung in Österreich in eine sozial gespannte Multikulturalität, d.h. in ein Nebeneinander der Gruppen, die als kulturell unterschiedlich definiert werden.

Die real existierende Multikulturalität in Österreich ist eine über mehrere Jahrhunderte andauernde Tradition. Ihre Anfänge hat sie in den Toleranzpatenten von Joseph II. und in ihrem jetzigen Brennpunkt steht die Frage, ob Österreich ein Einwanderungsland ist oder nicht bzw. welche Rechte MigrantInnen eingeräumt werden sollen. Es versteht sich von selbst, dass jegliche undifferenzierte Vorgangsweise sich durch die Propaganda leicht gegen die neue Minderheiten oder anderen Gruppen lenken ließe, deren Diffamierung und Verfolgung politischen Vorteil verspricht.

Protektionismus von AK und ÖGB

Leider haben die machtrelevanten Interessensvertretungen der ArbeiterInnen in Österreich entlang der nationalen protektionistischen Linie ein halbes Jahrhundert lang hauptsächlich durch eine – stillschweigende aber umso effektivere – Solidarität als Verfolger und Diffamierer der MigrantInnen gegläntzt.

Ob diese entsolidarisierende Einstellung fortgesetzt wird, wird die Zeit zeigen. Eines dürfen wie nie vergessen: Wenn wir von MigrantInnen reden, dann reden wir zum überwältigenden Teil über die ärmsten ArbeiterInnen und diese wurden in der Geschichte, zwecks der optimaler Verwertung ihrer Arbeitskraft, der Öffentlichkeit seit je als Gefahr präsentiert.

Ljubomir Bratic ist Philosoph. Lebt und arbeitet in Wien.

Zuletzt veröffentlicht: Politische Antirassismus. Selbstorganisation, Historisierung als Strategie und diskursive Interventionen, Löcker Verlag Wien.



Das FremdenUNrechtspaket 2011

Von Mümtaz Karakurt

Ein weiteres Kapitel im menschenunwürdigen und wirtschaftspolitisch fragwürdigen Umgang mit MigrantInnen wurde aufgeschlagen:

Österreich steht wieder mal vor einer Novellierung des Fremdenrechts und wer eigentlich schon nicht mehr an die Möglichkeit einer Verschlechterung geglaubt hat, der wurde erneut eines Besseren belehrt. Am 29. April 2011 wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP das FremdenUNrechtspaket beschlossen.

Gründe für eine weitere Novellierung des Fremdenrechts waren EU-Richtlinien, die Österreich umzusetzen hat und die Forderung der Sozialpartner nach einem neuen Modell der Arbeitsmigration. Im Zuge dessen nutzte Ex-Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) die Gunst der Stunde und nahm gleich noch ein paar weitere Verschärfungen – wie die so genannte „Mitwirkungspflicht“ für AsylwerberInnen – mit hinein.

Punkte statt Quoten

Ein Großteil der Veränderungen betrifft den Bereich der Zuwanderung von Arbeitskräften und deren Familienangehörigen. Bisher wurde diese durch Quoten geregelt. In Zukunft sollen Kriterien wie etwa Sprache, Alter oder Qualifikation entscheidend sein. Der Abgang von Quoten und die Einführung eines Punktesystems kann prinzipiell als positiv bewertet werden, die konkrete Ausgestaltung lässt leider zu wünschen übrig:

Einwanderungswillige Personen erhalten aufgrund unterschiedlicher Kriterien (Alter, Qualifikation, Deutschkenntnisse, etc.) eine bestimmte Anzahl an Punkten. Erfüllen sie eine Mindestanzahl, bekommen sie Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang (Rot-Weiß-Rot Card).

Problematisch hierbei ist die Schaffung

eines Zweiklassensystems von ZuwanderInnen. Jene mit besonders hohen Qualifikationen sind in vielen Belangen besser gestellt (es müssen vorab keine Deutschkenntnisse nachgewiesen werden, rascherer Familiennachzug, Familienangehörige müssen auch keine Deutschkenntnisse nachweisen etc.).

Die drei Hürden

Eine weitere Verschärfung sieht die gesamte Neuregelung der Sprachpflichten vor. Es wurden drei Hürden geschaffen:

Erste Hürde ist die Absolvierung von A1-Prüfungen (Europäischer Sprachreferenzrahmen) für Familienangehörige bereits im Herkunftsland. Diese Regelung wird es Frauen maßgeblich erschweren, ihren in Österreich arbeitenden Männern nachzuzufolgen. Die Gründe dafür sind mangelnde Ressourcen (Finanzen, Kinderbetreuung, Zeit, Bildung, etc.). Ganze Familien werden dadurch dauerhaft getrennt.

Die zweite Hürde ist die Absolvierung von A2-Prüfungen innerhalb von zwei Jahren in Österreich. Diese Voraussetzung wird von vielen Personen nicht zu erfüllen sein. Wie soll man sich innerhalb von zwei Jahren einfinden, zurechtfinden, Vollzeit arbeiten und nebenher noch einen A2-Sprachkurs positiv abschließen?

Die dritte Hürde ist die Voraussetzung von B1 für dauerhaften Aufenthalt und den Zugang zur Staatsbürgerschaft. Eine Methode um ewige Fremdheit per Gesetz zu erzeugen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Plan der Sozialpartner, nämlich Anwerbung gut qualifizierter Personen, nicht aufgehen kann. Denn gut

Qualifizierte werden in Zukunft entscheiden, welches Land ihnen und ihren Familien die besseren Lebensbedingungen bietet und da schneidet Österreich schlecht ab.

Frauen ausgeschlossen

Zudem muss darauf verwiesen werden, dass die Novelle insbesondere das Leben von migrantischen Frauen verschlechtern wird. Es ist kein „emanzipatorisches Fremdenrecht“ wie von der ehemaligen Innenministerin Fekter polemisch bezeichnet. Es ist ein Fremdenrecht, das Frauen von Familiennachzug ausschließt, ihnen Aufenthaltssicherheit und politische Mitbestimmung verwehrt und sie einer großen Unsicherheit aussetzt.

Weitere von der Novellierung betroffene Gesetzesmaterien sind das Fremdenpolizei- und das Asylgesetz. Notwendig wurden die Neuregelungen wegen vorliegender EU-Richtlinien die es umzusetzen gilt. Die konkrete Ausgestaltung ist aber auch hier von fragwürdig bis schikanös und gleicht der allgemeinen Tendenz, nämlich einer möglichst restriktiven Ausschöpfung des vorhandenen Spielraums.

Die im Vorfeld von vielen Seiten scharf kritisierte „Mitwirkungspflicht“ für AsylwerberInnen wurde beschlossen. Dahinter versteckt sich ein unbegründeter befristeter Freiheitsentzug für AsylwerberInnen, eine völlig unnötige Schikane.

Auch Kinder dürfen weiterhin in Haft genommen werden. Der Passus „kindergerechte Unterbringung“ wird die dadurch ausgelösten Traumatisierungen für Kinder wohl nicht verhindern. Auch die Möglichkeiten zur Inhaftierung von unbegleiteten Minderjährigen wurden ausgeweitet.

Neu ist auch das automatische Aufenthaltsverbot im Zuge einer Ausweisung. Unabhängig davon ob die Betroffenen selbst ausreisen, abgeschoben werden

oder welche familiären Bindungen sie in Österreich haben, wird ein mind. 18-monatiges Aufenthaltsverbot erlassen.

Nur kleine Erleichterungen

Nicht außer Acht gelassen werden sollen auch jene Neuregelungen, die als positiv zu bewerten sind. Sie werden in Einzelfällen kleinere Erleichterungen bringen, verändern aber nicht die Gesamtbewertung der geplanten Novellierung.

Drittstaatsangehörige die eine österreichische Universität oder Fachhochschule absolvierten, haben einen etwas leichteren Arbeitsmarktzugang.

Trotz vieler offener Punkte ist auch die kostenlose Rechtsberatung bei Ausweisungsentscheidungen und im Asylverfahren eine positive Änderung. Positiv ist auch die Möglichkeit des rascheren Arbeitsmarktzugangs für nachkommende Familienangehörige. Diese Erleichterung wird aber durch die Hürde „Deutsch vor Zuzug“ wieder aufgehoben.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass dieses Paket keine Verbesserungen im Zusammenleben von Einheimischen mit und ohne Migrationshintergrund bringen wird. Würden uns Restriktionen zum Ziel führen, so müssten wir schon eines der Integrations-Vorzeige-Länder sein. Es fehlt an einem ganzheitlichen Integrationskonzept, das MigrantInnen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht. Stattdessen wird ein schon unüberschaubares Gesetzeswerk noch verkompliziert.

Mümtaz Karakurt ist Geschäftsführer von migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ, Infos www.migrare.at

Die griechische Tragödie

Von Anita Kainz

Seit Wochen lesen und hören wir tagtäglich in allen Medien Schlagworte wie „die faulen Griechen, oder die Griechen, die keine Steuern zahlen wollen“. Um eine Pleite zu verhindern, muss Griechenland jetzt unter den Euro-Schutzschirm genommen werden

Aber welche Griechen sind damit eigentlich gemeint? Sind es die arbeitende Bevölkerung, die vielen Arbeitslosen oder gar die PensionistInnen, die auf der faulen Haut liegen und Steuern hinterziehen?

Oder sind es vielleicht doch die Milliardenäre, die Banken und Konzerne, die durch ihre jahrelange Zockerei Milliarden verdient und gleichzeitig die Krise verursacht haben. Ihnen – und nicht der Bevölkerung – wird nun von der EU unter die Arme gegriffen.

In die Armutsfalle

Gleichzeitig wird für das griechische Volk ein Belastungspaket vorgegeben, das die meisten in die Armutsfalle treibt. Und natürlich soll auf Teufel komm raus privatisiert werden. Das wird allerdings von den Regierungen der anderen EU-Länder nicht gesagt – mit gutem Grund!

Denn, falls es in einem anderen EU-Land zu einer „griechischen Tragödie“

kommt, kann man dann die ganzen Belastungspakete – ohne große Widerstände – wieder nur den kleinen Leuten aufbürden.

Daher ist es wichtig, dass wir uns alle solidarisch mit den griechischen KollegInnen zeigen und sie im Kampf gegen den drohenden sozialen Abstieg unterstützen. In Gesprächen und Leserbriefen sollten wir immer und überall darauf hinweisen, wer die wahren Gewinner und Verlierer der Krise in Griechenland wirklich sind.



*Anita Kainz
ist GLB-Aktivistin in Wien*

Buchtipp

Arbeiter in Wien

Wilhelm Kroupa hat so ziemlich alles mitgemacht, was das Jahrhundert der Extreme an Zumutungen bereithielt. Hineingeboren in den Hunger des Ersten Weltkrieges, in einfachen Verhältnissen im Wien der unruhigen zwanziger Jahre aufgewachsen, fand er jung in die Arbeiterbewegung. Widerstand gegen die Austrofaschisten, später gegen die Nazis, Verhaftung, Entlassung an die Front, Sanitäter und Zeuge vieler Verbrechen im Krieg gegen die Sowjetunion, Kommunist im antikommunistischen Nachkriegsösterreich – heißen seine Stationen.

Wilhelm Kroupa, Arbeiter in Wien, Karl Dietz Verlag, Berlin

Die lieben „Freiwilligen“

Von *Lilian Stadler*

Nein, das ist kein Beitrag zur Bundesheerdebatte. Die EU hat das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung“ ausgerufen.

Im österreichischen Arbeitsprogramm, das zu diesem Zwecke vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales herausgegeben wurde, liest sich das so:

„Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit soll dazu beitragen, freiwilliges Engagement als eine der wesentlichen Dimensionen der aktiven Bürgerbeteiligung und der Demokratie ins Bewusstsein zu rücken, weil sie europäische Werte wie Solidarität und Nichtdiskriminierung in die Tat umsetzt und damit einen Beitrag zur harmonischen Entwicklung europäischer Gesellschaften leistet.“

Ziel Einsparungen

Das klingt zu schön um wahr zu sein. Echte Bürgerbeteiligung hieße doch auch Mitsprache und Mitbestimmung – dies dürfte aber weniger gemeint sein. So kommt der leise Verdacht auf, dass die Belobigung der ehrenamtlich

Tätigen dem Staat in Wirklichkeit sehr viel Geld erspart. Würden nicht karitative Einrichtungen und soziale Vereine gesellschaftlich notwendige Arbeiten übernehmen, sähe unser Sozialstaat sehr arm aus. Dass diese Organisationen dann Jahr für Jahr um Subventionen betteln müssen, ist die andere Seite der Medaille.

An dieser Stelle wollen wir unseren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit Dank sagen, ohne ihr Engagement könnten auch wir viele Aktivitäten unseres Verbandes nicht bewältigen.

Lilian Stadler ist GLB-Aktivistin in Wien und vertritt den Zentralverband der PensionistInnen im Seniorenrat

Leserbrief

Ich machte euch herzlichst zu euren bestens recherchierten, zu den aktuellsten gesellschaftlichen Problemen unseres Landes, der EU und Welt im Ganzen Stellung beziehenden und darauf klare und verständliche Antworten gebenden Artikel gratulieren und mich dafür bedanken, vor allem, da ihr ja ehrenamtlich für DIE ARBEIT schreibt...

Im Gegensatz zu den Hochglanzzeitschriften SOLIDARITÄT und KOMPETENZ des ÖGB/der GPA-djp, wo bestens entlohnte ÖGB-Funktionäre/-innen ihre Artikel für die ÖGB/GPA-Mitglieder verfassen, die aber bei weitem keine solche Brisanz, Aktualität und ECHTE Antworten auf die sozialen und arbeitsrechtlichen Probleme bei uns in Österreich bzw. der EU bieten, ist DIE ARBEIT zwar drucktechnisch, farblich und vor allem was den "Hochglanz" betrifft nicht so up to date - aber dafür ist der INHALT ein Vielfaches davon wert. Macht bitte weiter so - und danke für euer Engagement!

Wolfgang Lambrecht, Graz, Bundesausschussmitglied work@flex, Sprecher des Vereins AMSEL

Sommer 2011 in Kärnten

Erholung vom Schul- und Alltagsstress im Kinderland-Ferienheim in ruhiger Lage am Gösselsdorfer See (Kärnten): eigener Strandabschnitt, fünf Minuten Waldweg vom Heim, Grasstrand, Beachvolleyball-Platz, zwei Wasserstege, Wassertemperatur 25-27 Grad, Schattenplätze, Gratis-Umkleidekabinen und Duschen.

Vielfältiges Freizeitangebot: Wanderungen, Kreativ-Workshops, Federball, Basketball, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Abendprogramm, Lagerfeuer, Disco-Keller.

2. Turnus 13.-27. August 2011

Vollpension pro Turnus und Kind inklusive Betreuung durch ein gutes Team: 460 Euro, Geschwisterbonus 10 Euro, Erstteilnahmebonus 15 Euro.

2. Reitwoche 13.-20. August 2011, Verlängerungswochen möglich mit Bustransfer zum Reithof, ca. sieben Hektar Fläche, große Reithalle, über 30 Pferde

Angebot: fünf Tage reiten am Vormittag, jeweils zwei Reiteinheiten á 50 Minuten pro Tag, getrennt für AnfängerInnen und Fortgeschrittene, kostenloser Ausrüstungsverleih

Preis pro Person und Reitwoche 315 Euro, Verlängerungswoche ohne Reiten 220 Euro, Mindestteilnahmezahl sechs Personen pro Turnus

Infos und Anmeldungen: Kinderland Wien, Hugogasse 8, 1110 Wien, Telefon und Fax (01) 749 79 21, Mail office@kinderlandwien.at, Web www.kinderlandwien.at

Triebkraft der Gesellschaft?

Ein Loblied „Warum wir Superreiche brauchen“ singt Andreas Lampl im „trend“ anlässlich der jährlichen Präsentation der reichsten ÖsterreicherInnen.

Und da finden sich Stilblüten wie etwa „die meisten verdanken es ihrem Dasein als hart arbeitende Unternehmer“ oder „umso wichtiger ist die Vorbildwirkung der wenigen, die es schaffen, damit sich genügend Leute finden, die das Abenteuer Unternehmertum wagen“.

Denn, so die weise Erkenntnis des Herrn Lampl „die Basis für den Wohlstand der gesamten Gesellschaft schaffen immer noch die Unternehmer“. So ist das also, da lehnen sich die faulen ArbeiterInnen und Angestellten genüsslich zurück und lassen die Kapitalisten den ganzen Mehrwert nicht nur schaffen, sondern sie müssen ihn sich zur Strafe auch gleich noch aneignen, um wirklich reich zu werden. „Reichen-Bashing ist indirekt immer auch ein Unternehmer-Bashing“ so die messerscharfe Schlussfolgerung Lampls, der dann freilich wohlweislich zwischen dem schaffenden und dem raffenden Kapital unterscheidet, indem er meint „auch die Erbschaftssteuer darf nicht sakrosankt sein“.

Die Fakten stellen freilich Lampls Welt wieder vom Kopf auf die Füße: Der Anteil jener Unternehmer, die durch eigene Arbeit in den Olymp der MillionärInnen aufsteigt, bewegt sich wohl im Promillebereich. Das ergibt sich zwangsläufig schon aus der Tatsache, dass 54 Prozent der WKO-Mitglieder sogenannte EPU's (also Ein-Personen-Unternehmen) sind. Also Menschen, die formal als selbständig gelten, durch Werkverträge etc. aber de facto LohnarbeiterInnen gleich- und vielfach noch schlechter gestellt sind als diese.

Die Verlockung durch emsiges Schaffen zu den oberen 73.900 – so viel Euro-MillionärInnen gibt es laut DACH-Report 2010 in Österreich

und sie haben ein Vermögen von 230 Milliarden Euro – aufzusteigen mag vorhanden sein, ob sie wirklich die Triebfeder der Marktwirtschaft ist wie Lampl meint, darf jedoch bezweifelt werden.

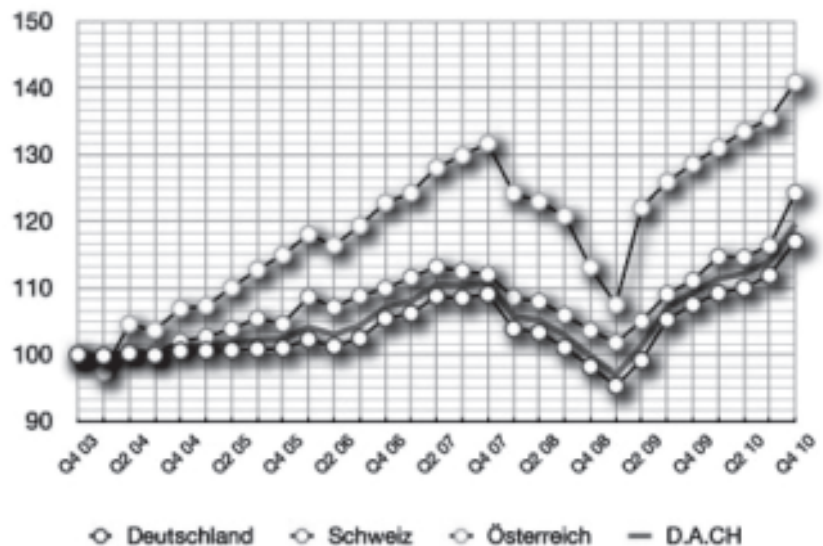
Allein wenn man die Liste der TOP100 der Superreichen, deren Vermögen mehr als hundert Milliarden Euro beträgt, durchforstet, stößt man im Dutzend auf Namen, die ihren Reichtum kaum mit ihrem wirklichen Schaffen legitimieren können. Sie haben im großen Stil geerbt, haben Firmenanteile verkauft und leben von der Revenue oder sind durch Spekulation reich geworden (manche sind dabei auch abgestürzt, das gehört zum Risiko in der „freien Marktwirtschaft“).

Pensionsvorsorge, im Gesundheits- und Bildungswesen Rendite machen und die lukrative E-Wirtschaft und die kommunale Infrastruktur hat man sowieso auf dem Speiseplan.

Was bei diesem Loblied auf die Superreichen als angebliche Triebkraft der Marktwirtschaft auf der Strecke bleibt, ist die Tatsache, dass es immer noch die millionenfache Zahl von Lohnabhängigen ist, die als ArbeiterInnen oder Angestellte die wirklichen Werte schaffen, die weit unter den ihnen zustehenden Produktivitätsanteil mit Brosamen als Lohn und Gehalt abgespeist werden wie die Reallohnentwicklung des letzten Jahrzehnts beweist, während sich die formalen Eigentümer der jeweiligen Unternehmen den Großteil des Kuchens unter den Nagel reißen, auch wenn die unternehmerische Leistung vielfach in keinem Verhältnis dazu steht.

Von Demokratie in der Wirtschaft

Der Millionärsindex® zeigt: Seit dem 2. Quartal 2009 steigen die Vermögen der D.A.CH-Millionäre ununterbrochen



Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie Unmengen von überschüssigem Kapital verkörpern das nach neuen Veranlagungsmöglichkeiten drängt. Daher verwundert es auch nicht, dass gerade aus diesen Kreisen der ständige Ruf nach Privatisierung kommt. Nachdem die Verstaatlichte längst verscherbelt ist, will man bei der

kann keine Rede sein und daher wird dieses Thema von den sonst so eifrigen Kämpfern für Demokratie auch wohlweislich ausgespart. Was Karl Marx schon im 19. Jahrhundert beschrieben hat, daran hat sich also letztlich nichts geändert.

Gedanken zur oö Spitalsreform

Demokratiepolitisch ist die Sache klar: Alle vier Parteien im oberösterreichischen Landtag haben zugestimmt. Die meisten Spitäler und Bewohner in den Bezirken sehen das natürlich anders.

Die Gespag ist eine Aktiengesellschaft. Und Aktionäre wollen Gewinne sehen und zwar so hoch als irgendwie möglich. Also muss gespart werden. Einige Beispiele gefällig? Klinikum Wels: Augen von 35 Betten auf 25, HNO von 40 Betten auf 30, Uro von 40 Betten auf 30. Bettenstand jetzt 1.360 danach 1.227 Die Neurochirurgie soll gänzlich geschlossen werden und wird ins Wagner Jauregg KH verlegt.

Krankenhaus der barmherzigen Schwestern Ried im Innkreis: Kinder von 30 Betten auf 20, Unfall von 37 Betten auf 30, Uro von 29 Betten auf 21. Bettenstand jetzt: 446 danach 425. Krankenhaus Braunau: Unfall von 67 Betten auf 60, Augen von zwölf Betten auf sechs, Kinder von 30 Betten auf 20, HNO von zehn Betten auf fünf, Uro von zehn Betten auf fünf.

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Ried wird im Bereich Uro gefordert, wo doch auch in

Ried die Uro-Betten von 29 auf 21 verringert werden. Wie soll da Zusammenarbeit funktionieren?

Krankenhaus Schärding: Unfall von 44 Betten auf zehn, Schließung der Kinderabteilung. Wie soll die Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Braunau funktionieren wenn in Braunau die Betten für Kinder von 30 auf 20 minimiert werden und im Krankenhaus Ried auch von 30 auf 20 Betten? Auch im Klinikum Wels sollen die Betten für Kinder von 75 auf 48 reduziert werden. Wie sollen diese Häuser im Bereich Kinder fruchtbar zusammenarbeiten wo bei allen die Betten fehlen?

Man hat immer vom „Modell Oberösterreich“ gehört und die Gebietskrankenkasse für ihre Wirtschaftlichkeit gelobt. Das Modell erfasst aber auch die Spitäler. Dort steigt, ebenfalls seit Jahren, die Anzahl der Fälle und hat heute mit 29 Spitalsaufnahmen pro

hundert Einwohnern und Jahr den höchsten Pro-Kopf-Wert österreichweit erreicht. Das sich das finanziell ausgegangen ist, liegt unter anderem daran, daß ca. 50 Prozent der Patienten in Ordensspitälern versorgt wurden und diese 17 bis 25 Prozent effizienter sind als öffentliche.

Hätten Ordensspitäler die gleiche Effizienz wie öffentliche, wäre das um mindestens 160 Millionen Euro pro Jahr teurer. Geld das vom Land bezahlt werden müsste, aber eben nicht muss. Es gab also wenig Anreize, aktiv einzugreifen oder gar das Modell zu ändern.

Die OÖGKK hat zwar angekündigt, dass sie darauf achten will, dass ihre Ärzte „mehr“ behandeln und die Spitalszuweisungen reduzieren. Aber gibt es Initiativen? Passiert da was? Passiert nichts, wird es unmöglich sein, all die Prozesse, die zu Spitalsaufnahmen führen, so zu beeinflussen, dass die Spitäler mit den Bettenkürzungen umgehen können. Die Folge wird Chaos sein und alle Gegner der Reform bestätigen.

Verfasser der Redaktion bekannt.



Am 9. Juni demonstrierten in Linz rund 1.500 Menschen gegen die Spitalsreform. Mit dabei auch der GLB

Weg mit Schaden

Von Lutz Holzinger

Staatliche Monopolbetriebe waren einst die ökonomische Voraussetzung für den Aufstieg der Donaumonarchie zur Weltmacht. Die Privatisierung dieser Unternehmen ist heute die Begleitmusik zur wirtschaftlichen Entmachtung der politischen Entscheidungsträger.

Im Mai 2011 gab die Japan Tobacco International (JTI) als Eigentümer der Austria Tabak die Schließung der letzten Produktionsstätte für Zigaretten in Österreich bekannt. Hainburg soll bis Ende 2012 zugesperrt werden.

Diesem Schachzug ging der stümperhafte Umgang unterschiedlicher Koalitionsregierungen mit einem Teil des Tafelsilbers der 2. Republik voraus. Unter anderem wurde die Austria Tabak zunächst zitterweise und schließlich zur Gänze auf den Markt geworfen, ohne verbindliche Standortgarantien einzufordern. Bei der vollen Veräußerung von Unternehmen sind derartige Zusagen allerdings ohnehin Schall und Rauch. Deshalb hätte es sich empfohlen, eine Sperrminorität der Republik zu behalten.

Ohne Not und unter dem Vorwand eines illusorischen „Nulldefizits“ hat die Regierung Schüssel die Tabakregie zur Gänze auf den Markt geworfen. Die Chronologie dieses Trauerspiels schließt das von SPÖ und ÖVP gebildete Kabinett Klima ein. Es begann damit, dass die Republik 1997 sämtliche Anteile an der Austria Tabak AG an die Industrieholding ÖAIG übertrug. Diese verkaufte bereits am 5. November desselben Jahres 49,5 Prozent an institutionelle und private Aktionäre.

Im März 1999 wurden weitere 9,4 Prozent an institutionelle Anleger verschertelt. Aus einer öffentlichen Ausschreibung vom März 2001 ging der britische Tabakkonzern Gallaher als Sieger hervor. Er übernahm die restlichen 41,1 Prozent Anteile für rund 770 Millionen Euro und kaufte zu einem Vorzugspreis das Gros der übrigen Aktien. Am 18. April 2007 wurde

3/11 die Arbeit

Gallaher – und mit ihr die Austria Tabak – von der JTI geschluckt.

Die „Sanierung“ durch Zusperren nahm unter beiden Eigentümern ihren Lauf. 2005 wurde die Zigarettenfabrik in Schwaz und die Zigarrenfertigung in Fürstenfeld geschlossen. Nach der Modernisierung der Werke in Linz und Hainburg und der vermeintlichen Standortsicherung stieg die Zigarettenproduktion zwischen 2000 und 2005 von 25,4 auf 36,4 Milliarden Stück. Dennoch wurde Ende 2009 die Fertigung in Linz eingestellt, Ende 2012 folgt Hainburg. Damit wird ein stolzes Kapitel heimischer Industriegeschichte geschlossen. Neben den 240 Beschäftigten vor Ort geht es überdies 80 MitarbeiterInnen in der Wiener Zentrale an den Kragen.

Mit der Einstellung der Produktion bleibt dem JTI Tochterbetrieb Austria Tabak lediglich der Großhandel in Österreich. Endgültig vernichtet sind die Arbeitsplätze nicht nur in der Tabakproduktion sondern auch im Zulieferbereich. Aufgrund des hohen Automatisierungsgrades in der Zigarettenfertigung zieht nicht einmal das Argument von der gesetzmäßigen Abwanderung lohnintensiver Produktionen in Billiglohnländer.

Der Aufbau der Tabakregie hatte mit dem Bedarf der aufstrebenden Kontinentalmacht Österreich-Ungarn (Stichwort: Prinz Eugen) an stabilen Einnahmequellen für das stehende Heer zu tun. Aus diesem Grund gab es im frühen 18. Jahrhundert nach dem Muster der immer schon der „Kammer“ (also dem Finanzministerium) unterstellten Salzproduktion eine Tendenz zur Monopolisierung.



Um 1700 wurde der Tabakanbau außerhalb von Hausgärten verboten. Ab 1723 waren Anbaulizenzen erforderlich, gleichzeitig wurde der freie Tabakverkauf verboten. 1764 wurde unter Maria Theresia ein Tabakmonopol für Nieder- und Oberösterreich erlassen und seine Verwaltung einer Privatfirma überlassen.

1784 wurde die staatliche Tabakregie als Monopol in allen österreichischen Ländern unter Joseph II. etabliert. Neben der Geldquelle für den Staatshaushalt diente sie zur Versorgung von Kriegsinvaliden: Trafiken waren für einfache Soldaten, der Großhandel für Offiziere vorgesehen. Erst „1979 wurden Zivilbehinderte in den Kreis der bei der Trafik-Vergabe bevorzugten Personen aufgenommen“ (Wikipedia). Die Einrichtung hat einige gesetzliche Satzungsänderungen überlebt und als Melkkuh des Finanzministeriums gedient. Zwar stammt das Gros der Einnahmen aus den Sondersteuern auf Tabakwaren, aber der Ertrag eines derartigen Monopolbetriebs ist ebenfalls nicht zu verachten.

Dazu kommen die sicheren Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialabgaben der Beschäftigten, sofern die Inlandsarbeitsplätze gesichert sind. Genau die gehen aber mit der Einstellung der Produktion futsch. Dabei war nie eine wirtschaftliche Notwendigkeit erkennbar, das Unternehmen mit seinen langfristig unbezahlbaren Vorteilen willkürlich aus der Hand zu geben.

Lutz Holzinger ist Journalist und lebt in Wien

Bereicherung für wenige

Von Michael Graber

Die größte Wirtschaftskrise seit 1929 und den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte eine klare Ursache.

Die unerhörten Profite, die sich aus der wachsenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen bei den Reichen und Superreichen angesammelt hatten, sind zu einem immer größeren Teil in Finanzinvestitionen, also „Wert“papiere aller Art geflossen, deren Werte aufgeblasen, aber rein fiktiv sind und bei nächster Gelegenheit platzen wie ein angestochener Luftballon.

Wie im Lehrbüchl

Der Ablauf der Krise hat sich dann wie im marxistischen Lehrbüchl abgespielt: Aus der Finanzsphäre (Banken, Versicherungen, diverse Fondgesellschaften) erfasste sie die reale Wirtschaft und die Antikrisenstrategien bestanden im wesentlichen darin die Schulden aller beteiligten Banken, Finanzkonzerne und Multis in öffentliche Schulden zu verwandeln. Dort stehen wir heute.

Die Banken, die in den USA, in Europa und natürlich auch in Österreich mit hunderten Milliarden Dollar und Euro öffentlicher Gelder gerettet wurden, haben nun einen ergiebigen Kreislauf profitabler Einkünfte erschlossen. Der ist zwar nicht neu, war aber noch nie so wirksam wie derzeit.

Banken profitieren

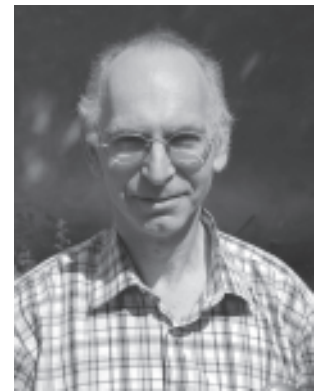
Erstens profitieren die Banken von den durch sie mit verursachten Krise von den Staatsschulden, die zu ihrer Rettung aufgenommen wurden. Und zwar zweifach. Sie kreditieren die Staaten und kaufen deren Staatsanleihen. Allerdings nicht zu den Bedingungen der Staaten, sondern zu

denen der Ratingagenturen mit denen sie sich im Doppelpassspiel an wachsenden und zum Teil Wucherzinsen erfreuen. Die Steuern und Abgaben werden in Zinseinkünfte der Banken umgewandelt.

Und zweitens indem sie sich in den USA bei der US-Zentralbank (Fed) und in Europa von der EZB fast kostenlos zu Konditionen zwischen null und ein Prozent die dazu notwendigen Mittel leihen. Für die Zentralbanken haften natürlich die Staaten, bzw. die Steuerzahler.

Dann kommt noch das sogenannte „Basel III“-Paket ins Spiel, eine Regelung, die die Banken verpflichtet, mehr Eigenkapital zu halten, um zukünftiges Spekulieren weniger krisenanfällig zu machen. Denn kein Kapitalismus ohne Spekulation. An diesem Dogma ist noch jeder Versuch einer Regulierung der „Finanzmärkte“ gescheitert. Die zur Erhöhung des Eigenkapitals notwendigen zusätzlichen Profite holen sich die Banken vom kleinen Sparer, der für seine Zinsen fast nichts erhält und den kleinen und mittleren Unternehmen, deren Kredite empfindlich verteuert werden.

Und so schaut´s inzwischen aus: Die österreichischen Banken haben im Vorjahr über vier Milliarden Euro netto verdient und heuer sind nach entsprechenden Quartalsergebnissen ebenso hohe Profite in Aussicht. Allerdings schon unter Abzug der Bankenabgabe von 500 Millionen Euro. Diese wird also aus der Portokasse, d.h. allein aus den Zusatzprofiten dieses Jahres bezahlt. Sonst zahlen die Banken sowieso kaum noch Steuern.



Boni für die Bosse

Und weil das alles so erfolgreich ist, kassieren die Bankmanager auch wieder ihre sattsam bekannten Boni. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, was die Spitzenbanker derzeit jährlich (2010) so verdienen: Zum Beispiel Andreas Treichl („der Freche“), Chef der Erste Bank: 2,795 Mill. Euro, davon sind 1,3 Mill Euro Bonus, zusammen ein Plus von 88 Prozent. Oder Herbert Stepic, Chef der Raiffeisen Bank International: 1,422 Mill. Euro, mit einem satten Plus von fast 50 Prozent.

Damit zählen sie zwar nicht zu den absoluten Spitzenverdienern unter den Bankmanagern in Europa und gehören auch nicht zu den obersten Superreichen, aber sicher zu den 73.900 Euromillionären in unserem Land.

Die Banken als Feld der Bereicherung für einige wenige und auf Kosten der Öffentlichkeit sind letztlich nur zu stoppen, wenn sie in gesellschaftliches Eigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterworfen werden.

**Michael Graber ist
Wirtschaftssprecher der KPÖ**

Fekters Visionen

Von Franz Grün

Nicht nur PrivatisierungsgegnerInnen geht buchstäblich der Hut hoch, wenn Finanzministerin Fekter an den von 2000 bis 2006 unter schwarz/blau begonnenen „Ausverkauf des Familiensilbers“ der Republik anknüpfen will.

Der in der Schüssel/Grasser-Ära veranlasste Ausverkauf bzw. Teilverkauf staatlicher Betriebe und Beteiligungen und die sich daraus für die BürgerInnen ergebenden Verluste müsste reichen um das Wort „Privatisierung“ zum Unwort des Jahrzehnts zu küren. Nicht nur, dass sich nach Ansicht verschiedener Experten die getätigten Verkäufe als „zu billig verkauft“ herausstellten, wurden teilweise auch noch zu hohe Beraterkosten gezahlt. In einem der Fälle (Buwog) artete schlussendlich das Ganze in einen handfesten Skandal aus. Der Verkauf der Austria Tabak endete mit dem Abzug jeglicher Produktion in der Alpenrepublik.

Die letzte Privatisierung eines österreichischen Betriebes ging 2009 mit dem Verkauf der AUA über die Bühne. Dafür, dass die Lufthansa die nationale Fluggesellschaft nahm, durften die SteuerzahlerInnen 500 Millionen Euro drauflegen.

Umgekehrt durfte die Republik eingreifen, als die Hypo Alpe Adria ins Trudeln kam und um Milliarden bar cash sowie rund 18 Milliarden Bankgarantien die Bank retten. Laut dem damaligen Finanzminister eine notwendige Maßnahme, die der Bevölkerung zugutekommt und keinesfalls den involvierten anderen Banken hilft.

Die seit April 2011 amtierende Finanzministerin Maria Fekter hält nichts von verstaatlichten Betrieben. Diese sollten nach ihrer Meinung großteils verkauft werden, um die Schulden zurückzahlen zu können. Für den Rest sollen strategische Partner gesucht werden. Nur in Zeiten von Wirtschaftskrisen ist

es notwendig, dass der Staat einspringt.

Fekters Privatisierungspläne – oder nennen wir es Denkanstöße – werden vor nichts Halt machen. Grundsätzlich, so meint sie, habe sie keinen Schmerz dabei, andere staatsnahe Betriebe in die ÖIAG zu bringen. Strategische Partner, wie sie zum Beispiel für die ÖBB zu suchen gedenkt, werden dort das Beteiligungsmanagement professioneller betreiben.

Mit strategischen Partnern meint Fekter anscheinend Unternehmer wie Haselsteiner die vorzeigen, wie eine Bahn zu funktionieren hat. Pünktlichkeit und Sauberkeit sowie in jedem Waggon MitarbeiterInnen zur Betreuung der Fahrgäste. Nun hat sich Herr Haselsteiner natürlich für sein Bahnprojekt nicht irgendeine Nebenstrecke – die für Pendler und Schüler lebenswichtig ist - sondern die ausgezeichnet frequentierte Westbahn zwischen Wien und Salzburg ausgesucht. Der Fahrpreis soll in etwa die Hälfte eines Vollpreistickets der ÖBB ausmachen.

Zum Fahrpreis sei zu sagen, dass, ausgenommen Einmalfahrer, fast alle Reisenden ein ermäßigtes Ticket benutzen – sie fahren also zum gleichen Tarif als in den Zügen des Herrn Haselsteiner. Da die Tickets im ÖBB Konkurrenzunternehmen ausschließlich im Zug verkauft werden sollen, ist es wohl notwendig, für jeden Wagon einen Mitarbeiter zu beschäftigen. Die arbeitsrechtlichen Bedingungen dieser MitarbeiterInnen wird man sich im ÖGB hoffentlich anschauen.

Wenn es um Privatisierungen von



Staatseigentum geht, wird immer die Erfolgsstory der Voest Alpine Stahl AG genannt. Dass dabei im Werk Donawitz alleine die Beschäftigungszahl um zwei Drittel schrumpfte, wird vorsorglich verschwiegen. Die Konsequenzen wie Abwanderung der Bevölkerung, Zusperrern von Kleinbetrieben und Geschäften und die daraus resultierenden Einnahmeverluste einer ganzen Region werden nicht bedacht.

Es gibt viele Möglichkeiten den Staatshaushalt zu sanieren und die Finanzministerin weiß dies genau. Dies passt jedoch nicht zu ihren Vorstellungen als Österreichische Ausgabe einer eisernen Lady die ihre Vorhaben mit allen Konsequenzen durchziehen will. Ihr Klientel, das befriedigt werden muss, sind nicht die hart arbeitenden Menschen, die MindestpensionsbezieherInnen oder andere vom Leben nicht gerade bevorzugt behandelte Gruppen.

Der Ausverkauf des Familiensilbers, besonders aber die Bereiche der Grundversorgung, des Gesundheitswesens, der Bildung, der Energie und des Verkehrs sollte, wenn man verantwortlich handelt und nicht nur die Befindlichkeiten kleiner Gruppen bedienen will, als Absurdum angesehen werden.

Franz Grün
ist Sekretär des GLBvida

Zeit für einen Kurswechsel

Von Leo Furtlehner

Die dramatischen Ereignisse in und um Griechenland haben weit über dieses EU-Mitgliedsland hinaus Bedeutung. Auch wenn Strache und Kleinformat den Ausschluss aus Eurozone oder EU verlangen, die grundsätzliche Problematik betrifft keineswegs nur dieses Land allein.

Nach dem Motto „Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen“ erweist sich die EU und insbesondere die Eurozone als Schicksalsgemeinschaft, aus der man ein missliebiges Mitglied nicht ohne gravierende Folgen für alle anderen ausschließen kann.

Immer deutlicher zeigt sich, dass die Grundlagen der EU schief, weil nur auf monetären und nicht auf sozialen Gesichtspunkten gegründet sind. Ob in Griechenland, in Österreich oder anderen Ländern, überall ist die Entwicklung der letzten Jahre von einer massiven Umverteilung nach oben gekennzeichnet.

Reiche werden noch reicher

Eine kleine parasitäre Minderheit von Superreichen hat zunächst durch die Stimulanz des Finanzmarktes maßgeblich zur größten Krise seit 1929 beigetragen. Sie brauchte aber nicht für die Folgen einstehen (was ihr von der Politik leicht gemacht wurde) sondern hat sich daran sogar noch weiter bereichert. Ein Indiz dafür ist etwa, dass die griechischen Eliten allein in der Schweiz 200 Milliarden Euro veranlagt haben, Geld das zwangsläufig im eigenen Land fehlt, wo sich eben dieser Klüngel jahrzehntelang von der Steuerleistung gedrückt hat.

Nun aber will man gerade mit Griechenland ein Exempel neoliberaler Politik statuieren um nach dem Willen von Banken und Konzernen Sozialabbau und Privatisierung öffentlichen Eigentums im großen Stil zu forcieren. Damit sollen die Privilegien der „oberen Zehntausend“

erhalten und ausgebaut werden. Zahlen sollen die Lohnabhängigen, PensionistInnen und Kleinunternehmer, also gerade jene, die nicht schuld an der Misere sind.

Es fällt auf, dass bei allem Lamento über Griechenland und andere Wackelkandidaten ein wesentlicher Fakt verschwiegen wird: Es geht nämlich immer um die Rettung der Banken, die jahrelang bereitwilligst Milliardenkredite vergeben haben, wohl in der Annahme, dass beim Auftauchen von Problemen ohnehin der sonst so verteuerte Staat einspringen und Steuer-gelder locker machen muss.

Eine Wirtschaftsregierung als Lösung?

Nun versuchen die politischen Eliten der 27 EU-Länder mit dem Zauberwort einer Wirtschaftsregierung den direkten Durchgriff des Kapitals auf die Politik. Das stößt sogar den unterwürfigen Gewerkschaften des EGB sauer auf. Denn was die EU braucht ist eine eindeutige Sozialkompetenz um das zunehmende Misstrauen in die europäische Zusammenarbeit nicht noch mehr zu vergrößern. Das verlangt zwangsläufig einen Kurswechsel, weg von einer strikt neoliberalen, rein monetären Politik mit dem Ziel der Profitmaximierung für die Konzerne und hin zu einer auf soziale Sicherheit für alle orientierte Politik.

Jetzt wird es am EGB bzw. seinen Mitgliedsgewerkschaften, darunter auch dem ÖGB, liegen, sich endlich von der falsch verstandenen sozialpartnerschaftlich verbrämten Standortpolitik – die vom Kapital immer



dazu genützt wird um die Lohnabhängigen mit Gewerkschaftshilfe in Geiselhaft zu nehmen – zu lösen und europaweit gegen die von Banken und Konzernen diktierte Politik Stimmung zu machen. Der europaweiten Vernetzung des Kapitals muss endlich die europaweite Vernetzung und Solidarität der Lohnabhängigen gegenübergestellt werden.

Eine andere Verteilung

Ein politischer Kurswechsel heißt im Klartext Vorrang für eine Politik der Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen durch eine aktive Lohnpolitik, gesetzliche Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, Eindämmung der Prekarisierung, Erhalt des öffentlichen Eigentums, staatliche Investitionsprogramme, nachhaltige Sicherung des Sozialstaates und der Pensionen sowie eine offensive Bildungspolitik.

Das erfordert zwangsläufig auch die Allmacht des Kapitals einzuschränken (etwa durch die Vergesellschaftung der Banken), höhere Steuern auf die Profite und großen Vermögen sowie eine Wirtschaftsdemokratie bei welcher jene die produzieren auch mitbestimmen. Vor allem gilt es endlich das schon fast religiöse Dogma des Glaubens an die Selbstregulierung durch den „freien Markt“ zu überwinden.

Leo Furtlehner
ist verantwortlicher Redakteur
der „Arbeit“

Ausbildung im „Winklerl“

Von Josef Stingl

„Plan B-ildung“ heißt eine Initiative der ÖGJ. Die jugendlichen GewerkschafterInnen fordern einen Ausbildungsfonds und Betriebe bei der Lehrausbildung mehr in die Pflicht zu nehmen.

„Bildung ist also DER wesentliche Faktor für künftige Berufs- und Einkommenschancen. Je schlechter die Bildung, desto höher ist das Risiko, später einmal arbeitslos zu werden und das auch länger zu bleiben“, heißt es auf <http://www.facebook.com/planbildung>.

Den „Plan A“ lieferte im Vorfeld des Kongresses schon Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Er will die (gescheiterte) staatliche Ausbildungs-garantie für Jugendliche in eine Ausbildungs-pflicht umwandeln. Der geplante Unterschied: Kommen trotz Ausbildungs-garantie junge Menschen zu keiner Berufsausbildung hätte ja seine Politik versagt, mit der Ausbildungs-pflicht bekämen dagegen diese betroffenen Jugendlichen jetzt selbst den „Schwarzen Peter“ zugeschanzt. Diese „Schubumkehr“ ist ihm so wichtig, dass er sich Strafsanktionen wie die Streichung der Familienbeihilfe vorstellen kann.

Offensichtlich hat der ÖGB-Vorstand diesen „Plan A“ vorbereitet. Der ÖGB-Nachrichtendienst berichtete von einem aktuellen Grundsatzpapier des ÖGB-Vorstands zu einer ein-jährigen Ausbildungs-pflicht für Jugendliche. Präsident Foglar: „Wir haben zu viele, die aus dem Schulsystem kommen und nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung zu beginnen.“

In seinem „Winklerl“-Kommentar schreibt dann noch Florian Kräftner, dass die meisten Jugendlichen nach der Schulpflicht nicht sagen: „Danke, das reicht. Sondern sie lernen freiwillig weiter, sei es in einer Schule, sei es in einer Lehre. 6.000 pro Jahr machen aber nicht weiter. (...) Sie sollen ge-

zwungen werden, (...) nicht aus dem Bildungssystem auszusteigen. Wir zwingen auch alle, die sich in ein Auto setzen, einen Gurt anzulegen.“

In beiden Beiträgen findet sich kein Wort zu den Rahmenbedingungen mit einem negativen Verhältnis der Lehrstellenangebote zu den Lehrstellensuchenden. Kein Wort auch, dass sich diese Misere auch nicht mit „McJobs“-Schmalspurlehren, noch mit den aus dem Hut gezogenen „Transitausbildungsstätten“ diverser, und oft nur als dubios zu bezeichnender Vereine und Projekte verleugnen lässt. So bleibt bei den LeserInnen der Eindruck, dass die betroffenen Jugendlichen keinen Bock auf Weiterbildung haben.

Das Ganze erinnert an eine Zeit mit „ordentlicher Beschäftigungspolitik“ und dazugehöriger „Arbeitspflicht“: Der „faule (jugendliche) Pöbel“ muss „sinnvoll“ – mit einem gerade im Augenblick von der „Wirtschaft“ angebotenen Lehrstellenplatz – zwangsbeschäftigt werden!

Sauer aufgestoßen!

Ich habe mich daher an den Präsidenten, die Vorstandsmitglieder und die leitende Redakteurin des ÖGB-Nachrichtendienstes gewendet und gefragt: Werden jetzt Grundsatzbeschlüsse hinter verschlossenen Türen im Präsidium (Vorstand) und nicht mehr im Bundesvorstand - mit allen vertretenen Fraktionen - diskutiert und beschlossen? Ist das der neue „demokratische Weg“ nach dem Reformkongress vor vier Jahren? Ist die Forderung nach einer „Ausbildungsverpflichtung für Unter-

nehmen“ in Vergessenheit geraten? Oder entspricht das Verlangen nach einem Ausbildungsfonds finanziert über die Ausbildungsverweigerer der Wirtschaft nicht mehr gewerkschaftlichem Zeitgeist?

Diese Fragen führten offenbar im ÖGB dann doch zu größeren Irritationen – ein persönlicher Anruf des Präsidenten war die Folge. Foglar bedauerte, dass in besagter Zeitung das Thema „schlampig“ abgehandelt wurde. Natürlich gibt es im Vorstand keinen Grundsatzbeschluss, sondern das Thema Ausbildungsverpflichtung sei auf Grundlage des gültigen Grundsatzprogramms diskutiert worden.

Die Forderung nach einer Ausbildungsverpflichtung für Unternehmen sei nach wie vor gültig, habe aber mit der Ausbildungsverpflichtung für Jugendliche nichts zu tun. Es gehe nur darum, eine Lösung zu finden, wie man den Jugendlichen die sich der Berufsausbildung verweigern, entgegen treten könne.

Eine Richtigstellung im Nachrichtendienst gibt es aber bis dato nicht. Und sich mit dem Thema Reform der Berufsausbildung“ einmal ganzheitlich zu beschäftigen wäre dringend notwendig. Neben den Lehrstellenmangel fallen mir in der Schnelle dazu die Stichwörter wie mangelhaftes Schulsystem, Leistungsdruck, Frust und Perspektivlosigkeit ein.

Josef Stingl ist Betriebsrat der Lamerer Stuben in Innsbruck und Bundesvorsitzender des GLB

Die Auseinandersetzung um unsere Gesundheit hat begonnen

Von *Walther Schütz*

Die Negativschlagzeilen trommeln: Unfinanzierbarkeit, Pflegenotstand, Überalterung ... Sie trommeln zum Lied der Eigenverantwortung, der Privatisierung, der Effizienz. Wir müssen nun den Verhältnissen einen anderen, einen solidarischeren Rhythmus aufzwingen.

Bereits im Zusammenhang mit Liberalisierungsbestrebungen der Welthandelsorganisation WTO steht die Vermarktwirtschaftlichung des Gesundheitssystems im Raum. Um 2003 hat eine breite Koalition aus Gewerkschaftsbund, ÖH, ATTAC, Armutsnetzwerk.... die Entwicklungen ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Dies und die Widersprüche zwischen den Mitgliedsstaaten der WTO, haben die Umsetzungsschritte des bereits 1995 (!) beschlossenen GATS-Abkommens zum Erliegen gebracht. Auf anderen Ebenen, insbesondere der EU mit ihrer Dienstleistungsrichtlinie, ging und geht die Liberalisierung beinahe ungebremst weiter.

Neben dieser zwischenstaatlichen Ebene der Festschreibung der Vermarktwirtschaftlichung öffentlicher Bereiche gibt es eine zweite Ebene der Erosion: Während die Ausgaben für den Gesundheitsbereich in etwa mit dem BIP mitwachsen, bleiben die Einnahmen zurück.

Folgende Erklärungen werden dafür genannt:

- der Siegeszug der Neoliberalen und die Umverteilung hin zu den Reichen;
- die wachsende Konkurrenz unter den Lohnabhängigen durch die Globalisierung;
- die Krise der (Erwerbs-)Arbeit, die wegen der Tatsache, dass sie ja die Substanz der kapitalistischen Form des Reichtums darstellt, gleichzeitig eine allgemeine Systemkrise darstellt. Über die oben genannten Ursachenbündel besteht in unserer im Juli 2010 gegründeten Initiative „Solidarisch G'sund – Für ein öffentliches Gesund-

heitswesen“, keine restlose Einigkeit. Klar ist aber: Gesundheit und ihre Erhaltung ist ein gemeinschaftlicher, ein solidarischer Prozess. Die Möglichkeiten für ein gesundes Leben für Alle sind auf einer stofflichen Ebene, also vom potenziellen Reichtum der Gesellschaft her gesehen, vorhanden. Und: Das (kurierende) Gesundheitswesen spielt dabei eine wichtige Rolle. Und es muss weiter entwickelt werden, noch immer gibt es Elemente, die auch im Gesundheitssystem krank machen. Genauso wichtig sind aber die Umstände, unter denen wir leben – ob sie uns krank machen oder uns und unsere Gesundheit fördern.

Unsere möglichst knapp gehaltene Unterstützungserklärung:

Das österreichische Gesundheitswesen ist effizient und kostengünstig – anders als private Systeme wie in den USA. Das ist ein Erfolg konkreter Auseinandersetzungen für ein solidarisches Gesundheitswesen. Dennoch soll es privatisiert und kaputtgespart werden – von einer Politik, die öffentliches Gut enteignen will. Private

„Investoren“ sollen mit unserer Krankheit spekulieren und fette Profite einfahren. Die Unterstützung für die Pflege wird gekürzt. Medikamentenkosten explodieren. Personaleinsparungen und Arbeitsdruck belasten jene, die im Fall von Erkrankung helfen sollten. Wir fordern daher die Bundesregierung, die Landesregierungen, den Nationalrat und die Landtage dazu auf, für den Schutz und den Ausbau eines öffentlichen, auf Solidarität beruhenden Gesundheitswesens Sorge zu tragen.

In einer ersten Phase geht es nun darum, diese Petition zu unterzeichnen und zwar ganz einfach im Netz auf <http://solidarischgesund.org>! Und dann soll die Petition weiterverbreitet werden, per E-Mail, per persönlichem Hinweis, per Verlinkung, über Facebook.... Jede/r kann so einfach zu einer Multiplikator/in werden!

Ein weiterer Schritt ist, durch Veranstaltungen in den verschiedensten Orten unsere Idee immer weiter zu verbreiten. Internationale Beispiele wie die slowenische Initiative ZANAS zeigen, dass man damit erfolgreich ein öffentliches Gesundheitswesen verteidigen kann.

Walther Schütz ist für Bündnis für Eine Welt/ÖIE tätig und Aktivist von Solidarisch G'sund. Infos unter <http://solidarischgesund.org>

Privatisierung – Wir sagen dazu Nein!

- Nein zur Privatisierung von Krankenhäusern und anderen Dienstleistungen
- Nein zur Zerschlagung der Sozialversicherung
- Nein zur Drei-Klassen-Medizin
- Nein zur Übermacht der Pharma- und Medizintechnik-Konzerne
- Gesunde Solidarität – Wir sagen Ja!
- Ja zum Recht auf Gesundheit und gute Behandlung für alle
- Ja zum Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems
- Ja zu einer sozial gerechten Finanzierung des Gesundheitswesens
- Ja zu genügend Personal für eine gute Versorgung
- Ja zu gesunder sozialer Sicherheit, die nicht vom kranken Arbeitsmarkt abhängt
- Ja zur Selbstverwaltung der Versicherungssysteme
- Ja zu freier und unabhängiger Bildung und Forschung für mehr Gesundheit
- Ja zu demokratisch kontrollierter/gemeinwohlorientierter Pharma/Medizintechnikindustrie
- Ja zur BürgerInnen-Beteiligung – Mitsprache und Transparenz auf allen Ebenen!

Der Horizont der Unterschicht

Von Günther Hopfgartner

Nach einer ersten „Schrecksekunde“ im Gefolge der Finanzkrise besticht das Krisenbewältigungs-Programm von Merkel, Sarkozy, Faymann & Co. durch ein ebenso fatalistisches wie orientierungsloses Beharrungsvermögen.

Andererseits aber auch durch die Bereitschaft, die Interessen breiter Teile der Bevölkerung endgültig auf dem Altar der Märkte, zugunsten des „Shareholder Values“ zu opfern. Ein Programm, das notwendigerweise Widerstand provozieren musste – siehe Nordafrika, Spanien, Portugal, Griechenland...

Dilemma nicht auflösbar

Dieses Dilemma ist von der herrschenden politischen Klasse freilich gar nicht aufzulösen. Solange sie in kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Kategorien denkt und handelt, bleibt sie getrieben von „den Finanzmärkten“ und deren Profit-Kommando und muss die Krisenfolgen auf den Schultern der ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen, MigrantInnen etc. abladen und jeden Widerstand dagegen denunzieren und kriminalisieren. Am Ausgang der aktuellen („post-neoliberalen“) Krisenbewältigungsprogramme werden dementsprechend nicht nur wir die Kosten für die große Krise bezahlen, sondern darüber hinaus werden viele von uns überhaupt „überbleiben“, sprich: gänzlich aus dem sozialen Gefüge, wie wir es seit 1945 kannten, rausfallen – dazu noch permanent überwacht und ruhig gestellt.

Thatchers Dogma

Weil aber insbesondere nach 1989 die Behauptung Margret Thatchers „There is no alternative“ zum gesellschaftspolitischen Leitmotiv aufgestiegen ist, provoziert diese Entwicklung zwar immer wieder Widerstand gegen Sozialabbau- und Spar-Programme. Eine breite gesellschaftliche Bewegung

für einen grundsätzlichen Systemwechsel entwickelt sich daraus freilich noch nicht.

Entsprechend muss die politische Klasse zwar verstärkt über Zwang und nicht mehr im Konsens mit den „Subalternen“ regieren, kann sich dabei aber auf immer noch wirksame Restbestände neoliberaler Denkfiguren im Alltagsverstand stützen. Denn dass etwa „jeder seines eigenen Glückes Schmied“ sei und deshalb sein Auskommen im verschärften Wettbewerb letztlich über individuelle Überlebensstrategien organisieren wird müssen, ist nach wie vor weitgehend unbestritten.

Miet-Experten der Herrschenden

An solchen „Weisheiten“ setzt aber auch die Boulevard- und Talkshowtaugliche Argumentation der Miet-Experten der herrschenden Klassen an: Aufgabe der Sarrazins, Sloterdijks und Marins dieser Welt ist es einerseits den argumentativen Überbau für eine verschärfte Repressionspolitik zu entwickeln und andererseits den vom Sozialabbau betroffenen und von Abstiegsängsten geplagten Bevölkerungsschichten einen Deutungshorizont für ihre disparaten Alltagserfahrungen anzubieten.

Die Erzählung: Schuld an sozialem Abstieg, mangelnden Aufstiegschancen, Arbeitslosigkeit oder Armut trotz Jobs, entwürdigender Behandlung durch Ämter und Behörden etc. sind letztlich immer die Betroffenen selbst, weil zu blöd, zu unflexibel, zu faul, der hiesigen Amtssprache nicht mächtig, integrationsunwillig und überhaupt irgendwie renitent, leistungsverwei-

gernd und oftmals Muslime, dafür aber gebärfreudig. (Sarrazin)

Dazu kommen noch gesellschaftlichen Quasi-Naturgesetzmäßigkeiten wie die „demographische Frage“, die den Sozialstaat bis an seine Grenzen belasten und deshalb dringend nach Reformen verlangen würde (Marin) sowie die natürliche Grenze der finanziellen und moralischen Belastbarkeit „der Leistungsträger“, die es schön langsam satt haben (sollten), die Faulen und Minderbemittelten zu alimentieren (Sloterdijk).

Entsprechende Lösungsansätze in der Perspektive dieser „Problembeschreibungen“: Den „Unterschichten“ und „Kulturfremden“ die Sozialhilfen kürzen und bei fortgesetzter Aufmüpfigkeit überhaupt streichen, damit sie gezwungen sind, endlich selbst in die Gänge zu kommen (Sarrazin); für die noch mit einem existenzsichernden Job gesegneten ArbeitnehmerInnen, die Sozialsysteme weitgehend auf Eigenvorsorge umstellen (Marin) oder überhaupt gleich den Sozialstaat zugunsten freiwilliger Wohltätigkeit der reichen Eliten abschaffen (Sloterdijk).

Wer profitiert davon?

Soviel zum Programm gesellschaftlicher Entsolidarisierung im Post-Neoliberalismus! Und man täusche sich nicht – bei aller Unhaltbarkeit der Grundprämissen der Polemik der zitierten Herren, genau in die von ihnen skizzierte Richtung geht der Zug, den die Merkels & Sarkozys wie auch die Faymanns & Mikl-Leitners gerade ins Rollen bringen. Finanziell profitieren davon die üblich verdächtigen Shareholder; politisch: Strache, De Wilder, Le Pen und Konsorten.

Günther Hopfgartner ist Journalist und lebt in Wien

Demokratie unerwünscht

Von *Oliver Jonischkeit*

Demokratie heißt übersetzt eigentlich Volksherrschaft. Während wir in Österreich ohnehin noch weit davon entfernt sind und jedes Mitbestimmungsrecht mühsam erkämpft werden muss, endet jedenfalls auch die Meinungsfreiheit vor den Betrieben.

Für manche, die etwas zu viel von sich und ihren Neigungen im Internet preisgeben, endet sie schon vorher – sie scheitern bereits an den google- und facebook-süchtigen Personalchefs.

Ein Antrag des als Polterer bekannten ehemaligen Tiroler AK-Präsidenten Dinkhauser im Tiroler Landtag brachte ans Tageslicht, dass in über einem Dutzend Unternehmen, an denen das Land ab 12,5 Prozent beteiligt ist – darunter z.B. der Verkehrsverbund oder die „Congress- und Messe GmbH“ - kein Betriebsrat existiert. Der als Unterstützung für deren Gründung gedachte Antrag wurde von der SP/VP-Mehrheit ausgesetzt und damit elegant entsorgt.

Eiertanz der SPÖ

SP-Vorsitzender Gschwentner wollte sich aber gemeinsam mit dem ÖGB der Sache annehmen, betonte jedoch, zuvor die rechtlichen Voraussetzungen dafür prüfen zu müssen. Ein beachtlicher Eiertanz, denn dies hätte er von ÖGB und AK in wenigen Minuten erfahren können. Betriebsräte sind offenbar zumindest in Tirol auch in landesnahen Betrieben nicht erwünscht.

Nicht nur in Tirol sehen es Unternehmer oft am liebsten, wenn ihre Beschäftigten sich im Betrieb das Motto „Hände falten, Goschen halten“ zu Herzen nehmen. Leider sind es aber auch immer wieder z.B. Betriebsratsvorsitzende, meist schon länger in Amt und Würden und Einheitslisten gewöhnt, die ihren Beschäftigten ähnliches empfehlen und es als Affront betrachten, wenn jemand ihr/sein Recht in Anspruch nimmt, ebenfalls mit einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl anzutreten.

Beispiel Brauunion Schwechat

So war es für die FSG-Einheitsliste in der Brauunion Schwechat zunächst offenbar ungehörig, als sie mitbekam, dass ein seit Jahren engagierter Kollege offenbar tatsächlich zur Wahl antreten wollte. Es folgte eine Einladung zu einem Gespräch mit der Geschäftsleitung, an der auch der Betriebsratsvorsitzende teilnahm. Dabei sollte offenbar ausgelotet werden, ob es eine Möglichkeit gibt, den widerborstigen Kollegen einvernehmlich los zu werden. Dies ist jedoch nicht gelungen und der GLB mit Kollegen Ringl und seinem Team mit einem Mandat nun im Betriebsrat vertreten.

Auch bei den Zugbegleitern zwischen Wien und Mürzzuschlag war der Schrecken bei der FSG groß, als die Liste Unabhängiger Zugbegleiter rund um Kollegen Eisinger in den Betriebsrat einzog. Der Betriebsratsvorsitzende musste sich daraufhin eingehend mit der Arbeitsverfassung auseinandersetzen und erfahren, dass der Betriebsrat ein Kollegialorgan ist – auch wenn mehrere Fraktionen dort vertreten sind. Nicht anders erging es dem Betriebsratsvorsitzenden bei Stahl Judenburg, als der GLB mit Fritz Kranz und Kollegen in den Betriebsrat einzog.

Beispiel Post

Der Betriebsratsvorsitzende des Postamtes 1230 Wien und Wiener AK-Rat, Kollege Robert Hobek, macht schon seit einigen Jahren seine Erfahrungen, wie es mit Meinungsfreiheit und Demokratie bei der Post aussieht. Dem Unternehmen, aber auch der FSG-Postführung in Wien, wurde er spätestens ein Dorn im Auge, als er



für den GLB die Mehrheit der Mandate auf seinem Postamt erreichte. Ihm wurde ein Disziplinarverfahren angedroht, das Unternehmen hatte genug Geld, um gegen ihn jahrelang vor Gericht zu prozessieren, ob ein solches überhaupt zulässig ist.

Die Unterstützung der Postgewerkschaft war enden wollend. Auch bei der Unterstützung seiner Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender. Der Regionalausschuss Wien der Postgewerkschaft fand es nicht nötig, ihn zu den Sitzungen beizuziehen - offenbar sollten die KollegInnen des Postamtes dafür bestraft werden, „falsch gewählt“ zu haben.

Das Ergebnis dieser Ausgrenzungspolitik: bei der letzten Betriebsratswahl hat der GLB mit Kollegen Hobek alle fünf zu vergebenden Mandate erreicht, leider schaut es so aus, als habe die FSG nichts daraus gelernt. Nun hat es den FCG-Vorsitzenden Wiedner erwischt, dem ein Disziplinarverfahren angedroht wurde, weil er angeblich ein FCG-Pickerl auf das Dienstauto geklebt hat. Auch ihm steht möglicherweise ein längeres Gerichtsverfahren bevor.

Das sind nur einige Fallbeispiele, die zeigen, dass es manchmal selbst dort schwer ist, sein Recht zu erkämpfen, wo es eigentlich durch die Arbeitsverfassung geschützt ist. Trotzdem lohnt es sich, diesen Weg zu gehen. Der GLB hilft dabei gerne.

*Oliver Jonischkeit ist
Bundessekretär des GLB*

Service-Tipp: Glücksspielverträge & Zahlscheingebühren

Von Marco Fegerl

Mit den unterschiedlichsten Methoden versuchen Callcenter-MitarbeiterInnen zum übereilten Abschluss eines Glücksspielvertrags zu verleiten. Bis zum Beginn dieses Jahres konnte man nur unter bestimmten Voraussetzungen von solchen Verträgen binnen einer Woche zurücktreten.

Durch das am 1. Mai 2011 in Kraft getretene Konsumentenschutzrechtsänderungsgesetz 2011 wurde hier vom Gesetzgeber eine Verbesserung der rechtlichen Lage herbeigeführt. Die Umsetzung dieser überfälligen Verbesserung war im Koalitionsübereinkommen (Regierungsprogramm 2008-2013, 121) bereits vorgesehen, doch erst 2011 umgesetzt worden. Gemäß dem neu eingefügten § 5 Abs. 4 Konsumentenschutzgesetz gilt folgendes:

Verträge, die während eines unerbetenen Werbeanrufes im Zusammenhang mit Gewinnzusagen oder Wett- und Lotteriedienstleistungen ausgehandelt werden sind nichtig. Wobei sich nur der Verbraucher auf die Ungültigkeit des Vertrages berufen kann. Die Gewinnzusage des anrufenden Unternehmers bleibt somit grundsätzlich durchsetzbar.

Diese Änderung im Gesetz hat zwar zu einer leichten Entspannung in dem Bereich geführt, doch sind Callcenter offensichtlich „bauernschlau“ und haben dafür eine Lösung entwickelt. Den nach dem 1. Mai angerufenen KonsumentInnen wird erklärt, dass dieser seit einem vor dem Mai liegenden Zeitpunkt, einen Vertrag mit dem Unternehmen bereits abgeschlossen hätte. Den KonsumentInnen, die meist nicht wissen, wie ihnen geschieht, wird in der Folge die Kündigung des Vertrages angeboten.

Der Trick der Abzocker ist nun dem Kunden einzureden, dass er den Vertrag bereits vor Inkrafttreten der neuen Schutznorm abgeschlossen habe. Er

klären nun KonsumentInnen die Kündigung, so bestätigen sie damit grundsätzlich das Bestehen eines „älteren“ Vertrages, da nur bestehende Verträge gekündigt werden können.

Um dieser Gefahr zu entgehen, empfiehlt es sich bei solchen Anrufen ohne Worte aufzulegen. Geben Sie dem Abzocker keine Chance sich verunsichern zu lassen. Überdies sind unerbetene Werbeanrufe verboten und sollten, so ferne sich die Telefonnummer des Anrufers noch ermitteln lässt, im zuständigen Fernmeldebüro gemeldet werden.

Zahlscheingebühren

Viele Unternehmen versuchen in den letzten Jahren ihre Einnahmen durch Zahlscheingebühren oder ähnliche Entgelte zu erhöhen. Auf diese Entwicklung reagierte die Europäische Union mit der Zahlungsdiensterichtlinie (RL 2007/64/EG). Diese Richtlinie führte zwei Jahre nach Erlassung zur Umsetzung im Rahmen des Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG) in Österreich.

Nun könnte man meinen, dass seit dem Inkrafttreten des Gesetzes per 1.

November 2009 der anfangs erwähnten Vorgangsweise ein Riegel vorge-schoben worden wäre. Doch hat der österreichische Gesetzgeber in der Formulierung offenbar gewisse Un-schärfen hinterlassen, was die Unter-nehmer bis heute dazu verleitet, lieber durch endlosen Rechtsstreit Zeit zu gewinnen. Obwohl es schon einige Entscheidungen zur Zulässigkeit der genannten Gebühren gibt, welche nach meiner Kenntnis alle zu Gunsten der KonsumentInnen endeten, wird es wohl noch Jahre bis zur endgültigen „Aufgabe“ der Unternehmen dauern. Bis dahin werden diese wohl weiter versuchen ihre „Sonderentgelte“ ein-zuheben.

Da es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine absolute Rechtssicherheit gibt, kann ich hier nur folgende Empfehlung abgeben: Erklären sie schriftlich und in Form eines Ein-schreibens, dass Sie die geforderte Gebühr ab sofort nur noch unter Vorbehalt einer späteren rechtlichen Klärung leisten.

Damit eröffnet sich die Möglichkeit, ab Eintritt von Rechtssicherheit, die nach der schriftlichen Erklärung geleisteten Gebühren zurück zu fordern. Bei weiterführenden Fragen oder konkreten Problemen sollten Sie sich an die Arbeiterkammer oder den Verein für Konsumenteninformation wenden.

Marco Fegerl ist GLB-Aktivist in Niederösterreich

GLB-Lied von Sigi Maron

Ein längst vergessener Schatz ist wieder aufgetaucht: Sigi Maron hat bei Durchsicht seines Schallplattenarchivs das in den 80er Jahren entstandene GLB-Lied wieder entdeckt und uns als MP3-File zur Verfügung gestellt. Die von Sigi Maron besungenen Themen von damals sind schon wieder (oder immer noch) aktuell.

Das GLB-Lied als Download: <http://www.glb.at/news/images/glb-lied.mp3>

Echte Sozialpolitik statt bloßes Abfedern

„Das sogenannte Abfedern von Härtefällen im Belastungspaket des Landes ist keine Sozialpolitik. Wir brauchen eine echte Sozialpolitik, die sich dagegen ausspricht, dass die Leute in die Armut gedrängt werden“ erklärte Linksblock-AK-Rat Peter Scherz am 7. April 2011 in der Vollversammlung der steirischen AK.

Dort hatten auch SPÖ und ÖVP-Vertreter kritische Worte zum Belastungspaket ihrer Parteikollegen in der Landesregierung gefunden, sich aber nicht zu einer klaren Verurteilung durchringen können. Daher lehnten SPÖ, ÖVP und FP auch die Resolution des GLB ab, die die Landesregierung aufforderte, „ihre Kürzungs- und Streichungspläne zurückzunehmen und ein neues Budget aufzulegen, das mit dem Geld derjenigen bezahlt wird, die überreichlich haben.“

Hingegen wurden Anträge des GLB gegen die Streichung der Pendlerbeihilfe und für die Einführung einer



Die beiden AK-Räte Luttenberger und Scherz bilden das GLB-Team in der Arbeiterkammer Steiermark

Nahverkehrsabgabe nach Wiener Vorbild angenommen. Die Anträge des GLB im Wortlaut auf www.glb.at

Peter Scherz nahm auch zur Beschäftigungspolitik Stellung: „Es geht darum, die Arbeit zu verteilen und

nicht jene noch stärker zu belasten, die noch eine Arbeit haben.“ Die AK sei dazu aufgefordert, nach dem 1. Mai und der Öffnung des Arbeitsmarktes in Österreich besonders wachsam zu sein und gegen Sozial- und Lohn-dumping aufzutreten.

Hobek: „Das Geld dort holen, wo es ist“

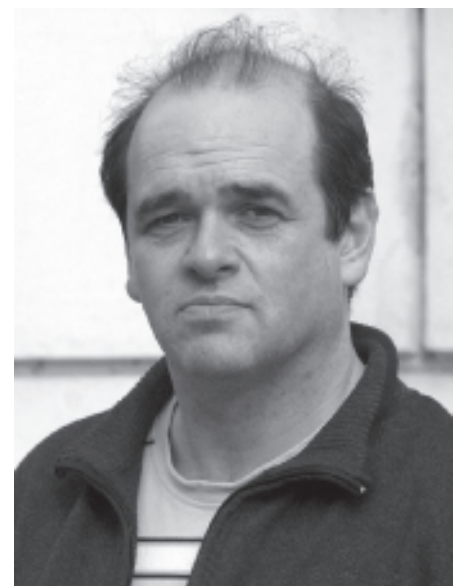
Am 11. Mai 2011 fand die 155. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer statt. GLB-AK-Rat Robert Hobek sprach sich dabei gegen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich in Wien aus und erinnerte die KollegInnen der FSG an entsprechende Forderungen, die beim 1. Mai-Aufmarsch der Wiener SPÖ zu sehen waren.

Hobek sprach sich entschieden gegen eine Erhöhung des Pensionsalters, wie von Kardinal Schönborn in die Diskussion gebracht, und gegen weitere Privatisierungswünsche der ÖVP

aus: „Es ist an der Zeit, das Geld dort zu holen, wo es vorhanden ist“, so Robert Hobek. So ist es höchste Zeit, Vermögen endlich zu besteuern.

Der GLB brachte vier Anträge (FahrerInnenkabinen Straßenbahnen, Verbraucherpreisindex, Arbeitszeitverkürzung statt weiterer Flexibilisierung, Das Geld dort holen wo es vorhanden ist) ein, die alle mehrheitlich den entsprechenden Ausschüssen zugewiesen wurden.

Die Anträge des GLB im Wortlaut auf www.glb.at.



Betriebsratswahlen 2011

ÖBB Infra: FSG beschönigt

Vom 28. bis 30. Juni 2011 wurde der Betriebsrat von ÖBB Infra neu gewählt. Die FSG nimmt das Ergebnis (FSGvida 11.589 Stimmen/92,65 Prozent, UGvida 238 Stimmen/1,9 Prozent, FCG 72 Stimmen/0,58 Prozent, GLBvida 67 Stimmen/0,54 Prozent, Sonstige/Namenslisten 543 Stimmen/4,34 Prozent) zum Anlass für eine völlig unangebrachte Jubelmeldung.

Der neue Mehrheitsrekord der FSG ist bei einer Wahlbeteiligung von 73,73 Prozent bei einem FSG-dominierten durchorganisierten Betrieb ein historisches Tief. Das Management wird es freuen, dass ein Viertel der MitarbeiterInnen dem Betriebsrat eine

starke Vertretung nicht zutraut. Geradezu beängstigend sind zudem 5,3 Prozent ungültige Stimmen als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Arbeit des übermächtigen FSG-Betriebsrats.

Mungos: Helmut Kicker wiedergewählt

Bei der Betriebsratswahl bei der Mungos GmbH & Co KG behauptete Helmut Kicker sein Mandat. Da die Mungos-MitarbeiterInnen bundesweit verstreut sind, ist der Bekanntheitsgrad eines Betriebsrates einer kleinen Fraktion begrenzt.

Hat man die Wahl Kickers vor zwei Jahren von Seiten der FSG noch als Protestaktion gesehen, so ist seine Wiederwahl auf die solide und ehrliche Arbeit als Betriebsrat zurückzuführen. Helmut Kicker mit Dienstort Graz wird sich auch weiterhin um die Belange der KollegInnen annehmen und uneigennützig seinen Weg gehen.



Magna: GLB hält ein Mandat

„Mit 7,5 Prozent der Stimmen liegen wir etwa auf gleicher Höhe wie 2007“, fasst Peter Scherz, Listenführer und AK-Rat des GLB das Ergebnis der Arbeiterbetriebsratswahl im Magna-Steyr-Werk in Graz vom 26./27. April 2011 zusammen.

Aber wie schon in der Vergangenheit wird sich der GLB auch in Zukunft um das Richtige für unsere KollegInnen einsetzen, wenn es auch mit halber Kraft schwieriger wird.

2011 waren statt 25 nur noch 21 Mandate zu vergeben. Die FSG erreichte mit 62,5 Prozent 15 Mandate (2007: 65,3 Prozent und 18 Mandate), die FA 10,2 Prozent und

Vida:

Achtungserfolg für GLB

Am 30. Mai 2011 fanden in der Gewerkschaft vida Betriebsratswahlen statt. Dabei erreichten die FSG alle fünf zu vergebenden Betriebsratsmandate. Der GLB kandidierte erstmals, sein Kandidat Franz Grün erhielt knapp zehn Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.

Wir wünschen dem neuen Vorsitzenden Richard Kocica und seinem Team (Ines Schmied-Binderlehner, Faije Selimi, Karl Goldberg und Barbara Pernsteiner) viel Erfolg für ihre Betriebsratsstätigkeit zum Wohle der Belegschaft.

Verschub Region Ost

Thomas Straschitz und Franz Pavlovsky stellten sich vom 28. bis 30. Juni 2011 als GLB-Kandidaten der Betriebsratswahl bei der ÖBB Infrastruktur AG Verschub Region Ost.

Ihre 34 erreichten Stimmen reichten zwar nicht für den Einzug in den Betriebsrat zeigen aber das die Zufriedenheit der Belegschaft enden wollend ist. Das rund zweihundert MitarbeiterInnen es nicht für nötig befunden haben ihre Stimme bei dieser für die Belegschaft wichtige Wahl abzugeben zeigt von Resignation

ein Mandat (12,8 Prozent und zwei Mandate), die Liste Münzer 8,0 Prozent und ein Mandat (10,7 Prozent und zwei Mandate), der GLB 7,5 Prozent und ein Mandat (7,9 Prozent und zwei Mandate), die FCG steigerte sich hingegen auf 11,7 Prozent und zwei Mandate (3,4 Prozent und kein Mandat).

Voestalpine: Wieder GLB-Mandat

Nach hinten los ging die von der FSG-Mehrheit vom Zaun gebrochene vorzeitige Neuwahl des Arbeiterbetriebsrates der voestalpine Stahl GmbH in Linz. Daran ändern auch Jubelmeldungen von SP-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas über das „großartige Ergebnis“ nichts. Schrumpfte doch die FSG von 24 auf 19 Mandate.

Begründet hatte die in massive interne Machtkämpfe verstrickte SP-Fraktion die Auflösung unter anderem damit, dass der Betriebsrat durch den zu Jahresende 2009 abgewählten und in der Folge mehrfach mit Klagen des Vorstandes bedrohten früheren BRV Johann Linsmaier und seither einfachem Betriebsratsmitglied nicht mehr arbeitsfähig sei. Als weiterer Grund wird vermutet, dass die FSG noch größere Verluste bei der regulär im März 2012 fälligen Wahl im Zusammenhang mit den Auswirkungen des „Projekts Zukunft“ erwartet hatte.

Konkret erhielten bei einer rund 90prozentigen Wahlbeteiligung die FSG 2.952 Stimmen bzw. 75,02 Prozent und 19 Mandate (bisher 24) und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) 467 Stimmen bzw. 11,87 Prozent und drei Mandate (bisher eines). Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) erhielt 65 Stimmen bzw. 1,65 Prozent und ist weiterhin nicht im Arbeiterbetriebsrat vertreten.

Die mit 13 Kandidaten angetretene überfraktionelle Liste „Für Gerechtig-

keit und Solidarität“ (LGS) von Linsmaier erhielt 451 Stimmen bzw. 11,46 Prozent und zwei Mandate. An zweiter Stelle der Liste kandidierte Karl Haslinger, der sein Mandat für den GLB deklariert hat.



Karl Haslinger

WER SORGT FÜR GERECHTIGKEIT?

AK
Frag uns

Meine AK
Nährwerttabelle
Bankenrechner
Brutto-Netto-Rechner

Erhältlich im App Store

JETZT ALS APP.

Die AK App mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner und Metis, Ihre Beraterin für Arbeitsrecht. Jetzt erhältlich im App Store und Android Market.

apps.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



GLB beim Volksstimmefest 2011



Am Samstag, 3. und Sonntag, 4. September 2011 findet auf der Jesuitenwiese im Wiener Prater das traditionelle Volksstimmefest statt.

Solidorf, Initiativenstraße, Kultur- und Medienplatzl, Sportfest, Lesung „Linkes Wort“, Rote Galerie im Grünen, Kinderland und Kasperltheater, Stände mit einem vielfältigen Warenangebot von Büchern bis Kunsthandwerk, kulinarische Spezialitäten aus aller Welt und das Musik- und Kulturprogramm auf vier Bühnen erwarten die BesucherInnen bei Wiens schönstem Fest am ersten Wochenende im September.

Die Highlights im Kulturprogramm sind diesmal Attwenger (Foto: Gerald von Foris) und Tini Kainrath.

Der GLB bietet im „Zentrum Arbeitswelt“ auf der Festwiese auch heuer wieder ein abwechslungsreiches Musik- und Diskussionsprogramm vom Frühschoppen bis zur Party in den späteren Abendstunden.

Infos: <http://www.kpoe.at/home/kultur/volksstimmefest.html>

„Sport verbindet“, „Sport bringt uns näher zusammen“, „Sport baut kulturelle, sprachliche Barrieren und Vorbehalte ab“ ...in diesem Sinne startete in Tirol der Demokratische EmigrantInnenverein das Projekt „Integration durch Sport“. Im Rahmen des Projekts wurden mit Unterstützung des ASKÖ, der Grünen, der SPÖ, der Plattform Bleiberecht, der ATIGF, sowie dem Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) zwei Fußballturniere mit dem Motto „Kick gegen das Fremdenrechtspaket“ veranstaltet. In Wörgl nahmen acht Fußballteams teil, die von rund hundert ZuschauerInnen unterstützt wurden. In Innsbruck



waren gleich neun Teams gemeldet und für insgesamt 450 SportlerInnen und ZuschauerInnen gab es neben

Fußball auch ein Grillfest mit kurdischen und türkischen Spezialitäten.



GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

Öffentliches Medium: Dieses Medien liest der „Observer“, Österreichs größter Medienbeobachter

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030,
Benachrichtungspostamt 1110 Wien

Österreichische Post AG/Sponsoring-Post – GZ 02Z031433 M

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an
GLB, Hugogasse 8, 1110 Wien